

Die französische Union

Die französische Union ist Hoffnung und Sorgenkind zugleich. Diese Gemeinschaft Frankreichs mit seinen überseeischen Gebieten, deren wichtigste, nach dem Verlust Indochinas, in Afrika liegen, ist nach dem Urteil maßgebender französischer Politiker aller Parteien (abgesehen von den Kommunisten) der unentbehrliche Rückhalt des Landes, wenn es weiterhin zu den großen politischen Mächten gehören will.

Von der französischen Union wird in Frankreich täglich gesprochen und geschrieben; sie hat, besonders im Zusammenhang mit den Vorgängen in Nordafrika, auch in der Wahlpropaganda eine bedeutsame Rolle gespielt. Um was handelt es sich in dieser Angelegenheit, die ein komplexes und kompliziertes Problem ist, das bis zur Stunde nur auf dem Papier, d. h. in der Verfassung, eine Lösung gefunden hat?

In der Präambel der 1946 geschaffenen französischen Verfassung kann man die folgenden Sätze lesen: „Frankreich bildet mit den überseeischen Bevölkerungen eine Union, die auf der Gleichheit der Rechte und der Pflichten, ohne Unterschied von Rasse und Religion, gegründet ist... Seiner traditionellen Mission getreu, wird Frankreich diese Völker, deren es sich angenommen hat, zu der Freiheit führen, sich selbst zu verwalten und in demokratischer Weise ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, unter Ausschluß jeglichen Systems einer auf Willkür beruhenden Kolonisation. Frankreich garantiert allen die gleiche Möglichkeit des Zutritts zur öffentlichen Verwaltung und zur individuellen oder gemeinsamen Ausübung der Rechte und der Freiheiten, wie sie hier proklamiert worden sind.“

Diese Sätze beweisen, daß man in Frankreich nach Beendigung des zweiten Weltkriegs im Jahre 1946 keineswegs die Auffassung hatte, daß in kolonialen Dingen mit den alten Methoden weitergewirtschaftet werden könnte. In der politischen Praxis ist jedoch wenig zur Verwirklichung dieser Grundsätze geschehen. Es ist freilich keine einfache Sache, für ehemalige Kolonien und Protektorate den Rahmen herzustellen, der sie — in Gemeinschaft mit dem Mutterland — umschließt, und ihnen allen jene demokratischen Rechte zu geben, von denen in den zitierten Sätzen der Verfassung die Rede ist. Das ist bei der Vielfältigkeit der überseeischen Gebiete Frankreichs durchaus natürlich. Für sie alle, deren Entwicklung sehr verschieden gewesen ist und Kulturen umfaßt, die oft sehr stark voneinander abweichen, jene Struktur zu finden, die sie mit Frankreich selbst zur französischen Union vereint, ist eine Aufgabe, die auch beim besten Willen Zeit für ihre Lösung braucht. Ob sie überhaupt möglich ist, das ist eine Frage, die, in Ermangelung anderweitiger Beispiele, schwierig zu beantworten ist.

Das britische Commonwealth kann nur mit großer Vorsicht als Beispiel herangezogen werden. Es umschließt erstens Länder englischer Sprache, deren Bevölkerung zu einem erheblichen Teil angelsächsischen Ursprungs ist (Australien, Neuseeland, Kanada). Zweitens aber hat Großbritannien asiatischen Völkern, wie Indien, Ceylon, Burma und Pakistan, die volle Unabhängigkeit zugebilligt und verschiedenen Volksstämmen im schwarzen Afrika eine Art von innerer Autonomie gegeben. Wenn in Frankreich bei dem Thema der französischen Union von der Beibehaltung der „*présence française*“ gesprochen wird, die von allen politischen Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, angestrebt wird, so muß man hierunter etwas anderes verstehen als die lockere Verbindung, die zwischen Großbritannien und dem britischen Commonwealth hergestellt worden ist und bei deren Aufrechterhaltung (wenigstens vorläufig) die traditionelle Bindung mit der Krone eine Rolle spielt. Ob diese, wenn einmal ernste Interessengegensätze auftreten sollten, die in dieser Gemeinschaft nicht mit Stimmenmehrheit entschieden werden, sich als ein festes Glied in der Commonwealthkette erweist, muß eher verneint als bejaht wer-

den. Jedenfalls verstehen die maßgebenden politischen Kreise Frankreichs unter dem Begriff der „*présence française*“ etwas anderes als die Briten in bezug auf das Commonwealth.

Nicht nur, daß die in den überseeischen Gebieten ansässig gewordenen Franzosen und anderen Europäer ihre weitere Tätigkeit fortsetzen können, die in den meisten Fällen für die Eingeborenen von großem Nutzen ist und daher nur schwer entbehrt werden könnte (es handelt sich dabei auch um Verwaltungsfunktionen und um Arbeiten technischer Art), es kommen auch politische Rechte in bezug auf die Polizei, das Heer und die außenpolitische Vertretung in Frage, von denen die letztgenannte in französischen Augen eine besondere Bedeutung hat. In Tunesien stehen diese Fragen bereits auf der Tagesordnung und dürften bald Gegenstand neuer Verhandlungen sein.

Alle diese Schwierigkeiten sind den französischen Staatsmännern sehr wohl bekannt. Sie sind ihnen in der Regel aus dem Wege gegangen, solange die eingeborene Bevölkerung sich einigermaßen ruhig verhielt und die Elite der Eingeborenen sich mit mehr oder minder geschickten (meist sehr geringen) Teilreformen abfand.

Die drei nordafrikanischen Länder Tunesien, Marokko und Algerien sind Schulbeispiele für jene hinhaltende und unentschiedene französische Politik, die nicht begreifen wollte, daß das ewige Hinausschieben und das Vertrösten mit Versprechungen, die nie gehalten wurden, die gefährlichste aller politischen Methoden ist, die man anwenden kann. Sie mußte mit Sicherheit, sobald die Umstände dafür günstig waren, zur offenen Rebellion führen, deren Wiederbeilegung nur mit wesentlich größeren Konzessionen möglich ist, als sie, rechtzeitig zugestanden, notwendig gewesen wären. In Indochina hat diese Methode vollständig Schiffbruch erlitten und zum (wahrscheinlich gänzlichen) Verlust der ehemaligen französischen Positionen geführt. Trotz der riesigen Opfer an Menschenleben und Geld hat es bis zum Jahre 1954 gedauert, bis sich ein französischer Regierungschef dazu entschloß, die Konsequenzen zu ziehen und einen Frieden zu schließen, der einige Jahre früher sehr viel billiger zu erlangen gewesen wäre. Dieser Ministerpräsident, *Pierre Mendès-France*, besaß den Mut, zu verhindern, daß die indochinesische Tragödie in *Tunesien*, wo damals Zusammenstöße zwischen Franzosen und Eingeborenen bereits große Opfer gefordert hatten, sich wiederholte.

Nach monatelangen Verhandlungen ist dort ein Vertrag geschlossen worden, der dem Lande die innere Autonomie sichert, eine Art von Souveränität, die sich vorläufig nicht auf das Heer und die Außenpolitik bezieht. Eine vom Bey ernannte Regierung führt die Geschäfte, und die gesamte Verwaltung wird, sobald der Nachwuchs an geeigneten Kräften es gestattet, in den Händen der eingeborenen Tunesier liegen. Vorerst sind französische Funktionäre noch auf manchen Gebieten, vor allem als technische Berater, tätig, ohne daß dies nach außen allzusehr in Erscheinung tritt. Die Einführung der parlamentarischen Demokratie soll so bald wie möglich durch allgemeine Wahlen stattfinden.

Der französische Hohe Kommissar, *Seydoux*, der an die Stelle des früheren Generalresidenten getreten ist, ist ein geschickter Mann, dessen ausgleichende Tätigkeit von großem Nutzen sein wird. Es ist naheliegend, daß sich noch nicht alles reibungslos vollzieht; die entstandenen Schwierigkeiten sind jedoch bisher ohne viel Ärgernis überwunden worden, da beide Teile guten Willens sind. Es war von großer Bedeutung, daß die radikale Reformpartei Neo-Destur unter der Führung des im ganzen Lande sehr angesehenen *Habib Burgiba* sich sofort bereit erklärte, mit Frankreich über die einzuführenden Reformen zu verhandeln, und ihr Einverständnis dazu gab, mit der Herstellung der inneren Autonomie zu beginnen. Die Forderung nach vollkommener Souveränität ist bei den Verhandlungen überhaupt nicht erhoben worden. Daß dies aber eines Tages der Fall sein wird, kann die französischen Staatsmänner kaum überraschen. Als ein

etappenweise zu erreichendes Ziel wird sie von den eingeborenen politischen Führern natürlich erstrebt, diese Auffassung ist von ihnen keineswegs verborgen worden. Ihre vorläufige Zurückstellung bedeutet daher keineswegs einen Verzicht, sie entspringt vielmehr der Erkenntnis, daß ein bisheriges Protektorat am besten dabei fährt, wenn es sich die nötige Zahl von Funktionären durch eine praktische Ausbildung heranzieht, damit das Land von selbst in eine wirkliche Unabhängigkeit hineinwächst und seine Verwaltung in allen Zweigen mit eigenen Kräften zu übernehmen vermag, wenn der politische Akt der Unabhängigkeitserklärung vollzogen wird. In rechtsgerichteten französischen Kreisen, die eine innere Autonomie nicht ablehnen, wenn es bei ihr bliebe, wird immer wieder das Argument vorgebracht, daß diese nach einer Reihe von Jahren den eingeborenen Führern nicht mehr genüge und sodann die vollkommene Unabhängigkeit verlangt werde. Das ist durchaus richtig. Man sollte sich indessen einmal die Frage vorlegen und sie gründlich prüfen, ob man im Politischen überhaupt für die Ewigkeit bauen kann. Jedermann weiß, daß das unmöglich ist und man sehr zufrieden sein kann (das gilt besonders für die unruhige Epoche der Gegenwart), wenn es gelingt, für ein oder zwei Jahrzehnte Ruhe zu schaffen. Man wird dann, wenn eine Vertragsänderung erforderlich wird, schon die Formen finden, die ein Ausscheiden aus der französischen Union verhindern.

Es ist vorübergehend eine gewisse Unruhe in Tunesien dadurch entstanden, daß der bisherige Generalsekretär des Neo-Destur, *Salah Ben Jussef*, die getroffenen Vereinbarungen als ungenügend bezeichnete, sofort die uneingeschränkte Souveränität auf allen Gebieten verlangte und vor allem die Schaffung eines eigenen Heeres forderte. Habib Burgiba ließ sich durch diese radikale Forderung, die natürlich von einem Teil der Mitglieder unterstützt wurde, nicht einschüchtern. Er stand zu den mit Frankreich getroffenen Abmachungen und erklärte, daß die volle Souveränität auch sein Ziel sei, das man aber nicht auf einen Hieb erlangen könne, sondern aus praktischen politischwirtschaftlichen Gründen nur stufenweise zu erreichen vermöge. Diese Methode entspreche auch den wahren Interessen der tunesischen Bevölkerung, die nicht ohne weiteres alle Tätigkeiten in befriedigender Weise auszuüben in der Lage sei, ohne dafür ausgebildet zu werden. Um einem neuen Staat eine feste Grundlage zu geben und große Unordnungen zu vermeiden, müsse man für das allmähliche Hineinwachsen in die volle Selbständigkeit eintreten. Nur auf diese Weise lasse sich ein wirklich freier demokratischer Staat schaffen, der aber nach wie vor in enger Gemeinschaft mit Frankreich bleiben müsse, da Tunesien weder die Mittel noch die Menschen habe, die eine aufsteigende Entwicklung auf allen Gebieten benötige. Salah Ben Jussef wurde seines Postens als Generalsekretär enthoben, und aus der Partei ausgeschlossen. Er hat sich aber dadurch nicht abschrecken lassen und führt den Kampf gegen Habib Burgiba weiter. Dieser hat inzwischen auch die Unterstützung der tunesischen Gewerkschaften erhalten, die gute Zeugen dafür sind, daß man nur mit zäher und vorausschauender Arbeit etwas Haltbares aufbauen kann und daß kein Baum auf den ersten Hieb fällt. Die Notwendigkeit, ein tunesisches Heer zu schaffen, hat auch Habib Burgiba anerkannt, es scheint aber nicht, daß er auf eine sofortige Aufstellung besteht; er weiß genau, daß gerade diese Frage nur in langen und sorgfältigen Vorbereitungen gelöst werden kann. Es ist daher nicht anzunehmen, daß der Ruf nach eigenen tunesischen Soldaten eine Angelegenheit wäre, die zu ernststen Differenzen zwischen Frankreich und Tunesien führen könnte.

Die Interessen der 190 000 Franzosen (bei einer Gesamtbevölkerung von 3 680 000 Seelen, die jährlich um 70 000 Neugeborene zunimmt) sind vertraglich festgelegt und gut gewahrt worden. Es würde zu weit führen, diese Abmachungen im einzelnen wiederzugeben. Es sei aber darauf hingewiesen, daß die französische Nationalität, die Sprache und der Unterricht, ihre Rechtssicherheit, ihre Organisationsfreiheiten — besonders die gewerkschaftlichen —, die Beteiligung in der Gemeindeverwaltung den gebührenden

Schutz genießen. Frankreich schützt wie bisher die in Tunesien ansässigen Angehörigen fremder Staaten. Der Hohe Kommissar überwacht nicht nur, mit Hilfe seiner Delegierten, die Innehaltung der Verträge, er vertritt auch Frankreich in allen Angelegenheiten, die beide Länder angehen. Die Direktion der Polizei erfolgt vorerst gemeinschaftlich und geht erst allmählich in tunesische Hände über. Zwanzig Jahre nach dem Inkrafttreten dieser 1955 abgeschlossenen Konvention werden die Regierungen beider Staaten darüber beraten, welche Änderungen auf diesem Gebiet sich als zweckmäßig herausstellen sollten.

Die Neuordnung der tunesisch-französischen Verhältnisse ist hier etwas eingehender behandelt worden, weil sie der erste Versuch ist, einem bisherigen Protektorat die innere Autonomie zuzugestehen und eine neue Form für die Zugehörigkeit dieses Landes zur französischen Union zu finden. Die weitere politische Entwicklung wird wesentlich von dem Grade der Unterstützung abhängen, die Frankreich diesem im Grunde armen Land zu gewähren vermag. Die Verhältnisse in den beiden anderen nordafrikanischen Staaten, Marokko und Algerien, sind nicht dieselben, aber sie liegen ähnlich und werden gewiß nach dem Muster des tunesischen Vorbildes geregelt. Es geht natürlich in der Hauptsache auch hier wieder um die politische Frage, welche Konzessionen nötig und möglich sind, damit die eingeborene Bevölkerung, die in einem eigenen und unabhängigen Staat zu leben wünscht, dennoch ein Interesse daran hat, auch weiterhin der französischen Union anzugehören.

Es ist gewiß richtig, daß die Form dieser Mitgliedschaft nicht immer die gleiche sein muß und daß der Unabhängigkeitsgedanke im schwarzen Afrika nicht in derselben Weise zum Ausdruck gebracht wird wie im Norden des Erdteils. Man darf freilich nicht außer acht lassen, daß die irgendeinem Lande zugestandene größere staatliche Unabhängigkeit stets eine erhebliche Wirkung auf andere Bevölkerungen ausüben und zu der Forderung führen wird, mit demselben Maßstab gemessen zu werden. Sich einem solchen Verlangen zu widersetzen ist besonders deshalb schwer, weil es sich in fast allen Fällen um die Forderung einer zahlenmäßig oft geringen geistigen Elite handelt, die Herr im eigenen Lande sein möchte und oft nur dadurch zum Maßhalten bewogen werden kann, daß die große Mehrzahl der Eingeborenen in der Entwicklung sehr zurückgeblieben und auf eine weitgehende Unterstützung des bisherigen Protektoratslandes angewiesen ist.

Was nun *Marokko* anbetrifft, in dem zahlreiche Bodenschätze vorhanden sind, das aber unter einer stark zurückgebliebenen Landwirtschaft leidet, so leben dort in einer Gesamtbevölkerung von 8 Millionen Menschen etwa 360 000 Franzosen und Europäer, die wirtschaftlich eine große Rolle spielen. Das Land ist für eine aufsteigende industrielle Entwicklung reif, die jedoch nur unter der Voraussetzung genügender fremder Kapitalinvestitionen erfolgreich durchgeführt werden kann.

Frankreich hat in Marokko seit Jahr und Tag schwere politische Fehler begangen und seine großen Reformversprechungen nur mit kleinen und meist lokalen Reformen eingelöst. Es hat sich bei dieser Methode des Zeitgewinns in der Hauptsache auf die feudalen eingeborenen Paschas und Kuids gestützt, die ebenso wie die französischen Kolonialisten nur sehr wenig reformfreundlich waren und ihre Feudalherrschaft nicht preisgeben wollten. Der angesehenste französische Marokkaner, der Marschall *Lyautey*, hat diese Verhältnisse einmal als „Mittelalter mit Elektrizität“ gekennzeichnet. Der Typus dieser Feudalherren, die zum Teil große Reichtümer angesammelt haben, war der Pascha von Marrakesch, *El Glaoui*, dessen Namen in der ganzen Welt besonders dadurch bekannt geworden ist, daß er dem wieder zurückgekehrten Sultan, *Mohammed Ben Jussef*, dessen Absetzung derselbe Glaoui mit Erfolg betrieben hatte, seine Unterwerfung anbot und demütig um seine Gnade bat.

Es soll bei dieser Gelegenheit nur die eine Episode wiedergegeben werden, die für die französische Politik in Nordafrika charakteristisch ist und mit großer Klarheit zeigt, wie Frankreich die Marokkopolitik der letzten entscheidenden Jahre betrieben hat, die am 20. August 1955 zum Ausbruch des großen nordafrikanischen Aufstandes führte, der heute noch nicht beendet ist und Frankreich gezwungen hat, die Hälfte seines Heeres dorthin zu senden.

Die Forderung der Marokkaner nach Reformen datiert nicht von gestern und heute. Bereits seit Jahren haben sie, unter Führung der radikalen Istiqlal-Bewegung, nach größerer Selbständigkeit gestrebt, deren Verwirklichung Frankreich, gestützt auf die feudalen Eingeborenenkräfte und die französischen Kolonialisten, unter allen möglichen Vorwänden ausgewichen ist. Im Sommer 1951 hat der heute wieder eingesetzte frühere Sultan in Paris einen Staatsbesuch gemacht in der ausgesprochenen Absicht, die französische Regierung endlich zu einem Reformwerk zu bekehren, das die Selbständigkeit des Landes in inneren Angelegenheiten erweitern sollte. Dieser Versuch scheiterte und führte zu starken Spannungen, die die zahlreichen Gegner Mohammed Ben Jussefs ermutigten, die Frage seiner Absetzung aufzuwerfen. Diese Absetzung fand zwei Jahre später auch statt, obwohl inzwischen ernsthafte neue Verhandlungen zwischen dem Quai d'Orsay und dem Sultan günstiger als bisher verliefen und die Aussicht auf eine Verständigung eröffneten. Diese Verständigung wurde, wie man das heute weiß, tatsächlich erreicht. Aber es war zu spät. Obwohl der damalige Außenminister, *Georges Bidault*, dem französischen Generalresidenten in Marokko, General *Guillaume*, nicht nur telegraphierte und telefonierte, daß er die Paschas, Kaiden und die religiösen Würdenträger nach Hause schicken und die Absetzung des Sultans unterlassen sollte, und obwohl der Minister noch zwei hohe Beamte mit dem ausdrücklichen Auftrag nach Marokko sandte, die Durchführung seiner Anweisung zu überwachen, wurde die Absetzung Mohammed Ben Jussefs vollzogen. Weder der General Guillaume noch die mitbeteiligten hohen Verwaltungsbeamten gehorchten den Vorschriften des Ministers. Sie handelten auf eigene Faust, und es geschah ihnen nichts. Anstatt diese Muster-Staatschener sofort zurückzuberufen und ein Disziplinarverfahren gegen sie zu eröffnen, deckte der Minister später die gegen seinen Willen und gegen seine ausdrücklichen Anweisungen erfolgte Absetzung des Sultans. Mit dieser unbegreiflichen Schwäche des Außenministers wurde der unheilvolle Weg betreten, der zwei Jahre später, am 20. August 1955, zu einer kriegsähnlichen Rebellion in ganz Nordafrika führte.

Es ist noch keineswegs gewiß, ob die so geschaffene Situation zu einer friedlichen und dauernden Lösung des dornigen nordafrikanischen Problems: Tunis, Marokko und Algerien, führen wird. Wenn die Aussichten dafür auch größer geworden sind, so darf man nicht vergessen, daß die Vertreter der marokkanischen Souveränität heute mehr Trümpfe in den Händen haben als je zuvor. In Algerien liegen die Dinge ähnlich, während das Ergebnis der Wahlen für die französische Nationalversammlung nicht derart ist, daß es die Stellung der neuen Regierung für die kommenden nordafrikanischen Verhandlungen zu stärken vermöchte. Der Sultan hat inzwischen eine Regierung ernannt, die alles tun wird, was sich zugunsten Marokkos erreichen läßt, und sich keinesfalls mit weniger Konzessionen zufriedengeben wird, als sie Tunesien bewilligt worden sind.

Es bleibt sodann noch die Frage der Reformen in *Algerien* zu regeln, die im Hinblick auf die französische Union nicht weniger wichtig sind als die in den beiden anderen nordafrikanischen Ländern. Die Lösung der algerischen Frage wird höchstwahrscheinlich die schwierigste sein. Die politische Entwicklung ist dort anders verlaufen als in Tunesien und Marokko. Die Eroberung Algeriens fand bereits vor mehr als hundert Jahren statt, und die Zahl der dort ansässig gewordenen Franzosen ist, seit dem Eroberungsjahr 1830,

stark gewachsen. Unter einer Gesamteinwohnerzahl von fast 8 Millionen Menschen gibt es 920 000 Franzosen und andere Europäer. Man hat neuerdings das Land in drei französische Departements eingeteilt, und vor kurzem noch ein viertes geschaffen. Die Bewohner Algeriens sind daher französische Staatsbürger geworden und man hat ihnen auch einige der Rechte gegeben, die die übrigen Franzosen besitzen.

So können sie z. B. ohne weitere Schwierigkeiten nach Frankreich reisen, sich dort niederlassen und arbeiten. Sie haben auch das Recht, Deputierte für die Nationalversammlung zu wählen, aber sie sind bei diesem wichtigen Recht keineswegs gleichberechtigte Staatsbürger. Es gelten für Algerien zwei verschiedene Wahlkollegs. In dem einen wählen die richtigen Franzosen 15 Mitglieder, im anderen die algerischen Franzosen dieselbe Zahl. Es wäre in der Tat nicht möglich, den fast 8 Millionen algerischen Franzosen für die Wahl zum Parlament die absolut gleichen Rechte einzuräumen. Es käme dabei ein Ergebnis heraus, das praktisch-politisch unerträglich wäre. Das um so mehr, wenn man das gleiche Wahlrecht auch der gesamten eingeborenen Bevölkerung der übrigen überseeischen Gebiete bewilligen würde. Es handelt sich in diesem Fall um zum Teil sehr große und bevölkerungsreiche Gebiete, die heute schon fast 60 Abgeordnete in die Nationalversammlung entsenden. Wenn man absolut formal vorginge, so würden diese überseeischen Territorien auf der Basis der Bevölkerungszahl mehr Deputierte in die Nationalversammlung wählen können als das Mutterland Frankreich selbst. Das wäre in der Tat politisch unerträglich, und es würde sich kein Politiker in Frankreich finden, der eine solche Methode guthieße. Immerhin zeigt diese Betrachtung, daß man von einem falschen Prinzip ausgegangen ist. Die Methode der „Integration“ überseeischer Gebiete in das französische Mutterland ist falsch. Die Bewohner dieser Gebiete können niemals Vollfranzosen sein, zu denen man sie im Grunde ja auch nicht machen wollte. Vielleicht wäre der größte Teil der Eingeborenen dieser Gebiete damit einverstanden gewesen, wenn man ihnen die volle Gleichberechtigung versagt und das Prinzip der Integration nicht proklamiert hätte. Die Gleichberechtigung dieser mehr als 60 Millionen zählenden Bevölkerung würde sofort die französische Union zerstören, die nur möglich ist, wenn man es mit mehr oder minder selbständigen oder auch mit ganz selbständigen Ländern zu tun hat. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die vollkommene Selbständigkeit ihrer Mitglieder dieser Union einen föderativen Charakter gäbe, der heute bereits von Politikern der verschiedensten Parteirichtungen als eine erträgliche Lösung des Unionsgedankens empfunden wird.

In Algerien hat man im Jahre 1947 mit der Proklamierung der Integration, von der fast nichts praktisch durchgeführt wurde, einen politischen Fehler begangen, den die Regierung *Faure* wiederholt hat, als sie bei der Debatte über Algerien, die vor kurzem in der Nationalversammlung stattfand, sich ebenfalls für die Integrationsmethode erklärte. Von allen algerischen Führern wird die Integration abgelehnt und eine Lösung vorgeschlagen, die dem Lande Algerien den eigenen nationalen Charakter nicht vorenthält. Sie sagen mit Recht, auch wenn sie sozusagen zu französischen Staatsbürgern ernannt worden sind, sie dennoch nicht aufhören, Algerier zu sein. Und zwar viel mehr Algerier als Franzosen. Es ist bedauerlich, daß die Regierung *Faure* auf dem falschen Wege geblieben ist, der von den Sozialisten entschieden abgelehnt wird.

Eine der ersten Aufgaben des neuen Ministeriums wird es gewiß sein, die algerischen Verhandlungen so schnell wie möglich zu beginnen. Man wird bei der unvermeidbaren Bewilligung von politischen Reformen, die man als eine Vorbereitung für die Mitgliedschaft in der französischen Union erkennen muß, hoffentlich nicht mit einer politischen Unwahrhaftigkeit beginnen und nicht mehr von „Integration“ oder „Assimilierung“ reden. Es führt zu nichts, den drei nordafrikanischen Völkern, von denen die französische Union in der Hauptsache abhängt, den eigenen nationalen Charakter bestreiten zu wollen. Wenn man sich für Tunesien und Marokko damit abgefunden hat, so muß man es auch

für Algerien tun. Die andere formalpolitische Entwicklung dieses Landes hat dem gegenüber absolut keine Bedeutung, während die Anerkennung des nationalen Charakters der Algerier die *conditio sine qua non* ist, deren Bestreitung jede Verhandlung von vornherein unmöglich macht.

Man soll nur nicht glauben, daß die Aufhebung der zwei Wahlkollegs, das für die Folge *einem einheitlichen Kolleg* für die europäische und eingeborene Bevölkerung weichen soll, noch irgendeine beruhigende Wirkung haben könnte. Im übrigen ist dieses Einheitskolleg, wenn es auch von der Nationalversammlung im November 1955 angenommen wurde, im parlamentarischen Geschäftsgang steckengeblieben und noch keineswegs gültiges Gesetz geworden. Man wird, besonders in Algerien, damit beginnen müssen, große Hilfsmittel für die Masse der algerischen Bevölkerung, die dort in einem kaum sagbaren Elend lebt, zur Verfügung zu stellen. Das ist um so notwendiger, da die der französischen Union bewilligten Kredite stark zurückgegangen sind. Während sie 1952 noch 171 Milliarden frs. betragen, sind sie 1953 auf 139 Milliarden, 1954 auf 136 Milliarden herabgesetzt worden. Die soziale Seite der algerischen Frage ist ebenso wichtig wie die politische; es muß aber unendlich viel mehr geschehen als bisher, wenn man das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen will¹⁾.

Es ist jedoch nicht allein die soziale Unterstützung, die in ganz Nordafrika eine große Rolle spielt, sondern auch die Anerkennung der Arbeiterschaft als gleichberechtigter Faktor. Das ist bisher nicht der Fall gewesen, und erst jetzt, im Zusammenhang mit der Durchführung allgemeiner Reformen, ist in dieser Beziehung einiges geändert worden. So ist beispielsweise in Marokko der Grundsatz einer Erhöhung des garantierten Minimallohns anerkannt worden. Die Einrichtung von Betriebsräten soll dort obligatorischen Charakter erhalten. Ganz allgemein ist noch von den französischen Behörden im September den marokkanischen Arbeitern das Recht zugestanden worden, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Die Diskriminierung zwischen europäischen und eingeborenen Arbeitern ist damit beseitigt worden, sie können jetzt gemeinsam in den Organisationen tätig sein. Der zurückgekehrte Sultan hat schon im November 1955 bei einer Ansprache erklärt, daß in dem neuen Marokko auch die Arbeiterschaft ihren Platz und die ihr gebührenden Rechte und Freiheiten besitzen werde. In Tunesien ist der neu gewählte Generalsekretär des Neo-Destur ein Gewerkschafter, und man will so bald wie möglich eine Konferenz afrikanischer Gewerkschaften einberufen. —

Der ganze Westen, vor allem jedoch Europa, ist daran interessiert, daß Frankreich seine innenpolitischen Schwierigkeiten überwindet und ihm die Regelung der afrikanischen Fragen gelingt. Das Verbleiben Frankreichs in Afrika liegt im Interesse des gesamten Westens, der nicht die Augen vor der Tatsache verschließen darf, daß die Sowjetunion danach strebt, über den mittleren und vorderen Orient im schwarzen Kontinent ebenfalls Fuß zu fassen. Frankreich hat mit der Neuordnung der afrikanischen Dinge eine Aufgabe zu erledigen, die zugleich eine europäische Aufgabe ersten Ranges ist. Afrika darf für Europa nicht verlorengehen. Das ist eine Schicksalsfrage, über die alle Europäer sich Rechenschaft ablegen müssen.

1) Großes Aufsehen hat ein Reformplan erregt, der von dem Generalgouverneur Soustelle ausgearbeitet wurde. Dieser Plan sieht die vollkommene Integrierung Algeriens mit dem Mutterlande vor. Er wendet sich also gegen die Tendenzen einer Föderation Algeriens mit Frankreich. Ein wesentlicher Punkt dieses Programms ist die Auflösung der beiden beratenden Kammern. Es soll künftig nur ein einziges gemischtes Kollegium geben. Der Soustelle-Plan soll in sechs Jahren durchgeführt sein. In dieser Zeit müßte Frankreich die finanziellen Zuschüsse zur wirtschaftlichen und sozialen Neugestaltung Algeriens jährlich um 15 Milliarden frs. erhöhen und fortschreitend alle Sozialgesetze des Mutterlandes in Algerien anwenden. Dieser Plan sieht zum ersten Mal theoretisch und praktisch die vollkommene Gleichheit zwischen Franzosen und Algeriern vor. Der praktischen Vorherrschaft der französischen Kolonialbevölkerung würde damit ein Ende bereitet. Andererseits würden bis zu hundert algerische und mohammedanische Deputierte in die Nationalversammlung einziehen. Die leitenden Männer der aus Sozialisten und Republikanern bestehenden „republikanischen Front“ haben sich bereits gegen den Integrationsplan Soustelles ausgesprochen. Mit besonderer Deutlichkeit ist das auch auf dem außerordentlichen Sozialistenkongreß geschehen, der Mitte Januar in Puteaux, einem Vorort von Paris, stattgefunden hat.